

Beiförderungszeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. u.

Neueste Zeitung des Bezirks

Zeitungspreis: Biertäglich 20 Pf. ohne Zeitung. — Einzelne Nummern 20 Pf. — Fernsprecher: Amt Dippoldiswalde Nr. 3. Gemeindeverbands-Girokonto Nr. 3. — Postleitzahl: Dresden 12548.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

Anzeigenpreise: Die Inserationsgebühren 10 Pf., außerhalb der Hauptmannschaft 12 Pf., im amtlichen Teil (außer von Behörden) die Zeile 200 Pf. — Geringe und Kleinanzeigen 200 Pf.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Jehne. — Druck und Verlag: Carl Jehne in Dippoldiswalde.

Nr. 72

Sonnabend den 25. März 1922

88. Jahrgang

Amtliche Bekanntmachungen.

Mittwoch den 29. März vormittags 11 Uhr
öffentliche Bezirksausschusssitzung
im amtschaupräfekturlichen Sitzungssaal.

Die nächsten Versorgungssprechstage des Versorgungsamtes Pirna finden statt:
5. 4. 22 in Kreischa „Blasches Gasthof“ 9³⁰ vorm. bis 3⁰⁰ nachm.
6. 4. 22 in Dippoldiswalde Gasthaus „zum Amtshof“ 8⁰⁰ vorm. bis 12⁰⁰ mittags und 1⁰⁰ bis 4⁰⁰ nachm.
7. 4. 22 in Frauenstein Gasthof „zum goldenen Stern“ 8⁰⁰ vorm. bis 12⁰⁰ mittags und 1⁰⁰ bis 4⁰⁰ nachm.

Pirna, den 21. März 1922. Versorgungsamt Pirna.

Erlittenes und Sächsisches

Dippoldiswalde. Am 22. ds. Ms. stand unter Vorst. des Herrn Amtshauptmann v. d. Planitz eine Sitzung des Wohlfahrtspflegeausschusses Dippoldiswalde-Land statt. Nach Begrüßung der bis auf 4 er hessenen Mitglieder des Ausschusses wurde in Erledigung der 21 Punkte umfassenden Tagesordnung eingetreten. Der Ausschuss stimmte u. a. einer Abänderung des mit dem Verein Krüppelhilfe abgeschlossenen Vertrages und dem Beitritt zur deutschen Vereinigung für Krüppelfürsorge zu und genehmigte den Entwurf des Haushaltplanes des Pflegebezirks Dippoldiswalde-Land mit geringen Abweichungen. Dieser schließt mit 186 400 M. Bedarf (im Vorjahr 90 000 M.) ab. Da nur 30 000 M. Deckungsmittel vorhanden sind, würden vorbehaltlich der Zustimmung der Bezirks-Versammlung 156 400 M. durch Umlagen aufzubringen sein. Die Erhöhung des Bedarfs gründet sich im Wesentlichen auf die Steigerung der Gehälter und der Unterbringungskosten in Heilanstalten. In letzterer Beziehung ist für die Gemeinden namentlich der Beschluss des Pflegeausschusses von Bedeutung, daß für neue Zubehörlohnfälle vom 1. April ds. J. ab sämtliche Anstaltskosten auf den Wohlfahrtspflegebezirk übernommen werden, sofern die Unterbringung mit Zustimmung des Wohlfahrtsamtes erfolgt ist. Der Ausschuss nahm weiter Kenntnis von einer Reihe vorgelegter Fürsorgefälle und erklärte seine Zustimmung zur Übernahme der erwachsenen Kosten. Schließlich wurden die nach den gesetzlichen Bestimmungen auszuschiedenden Mitglieder des Pflegeausschusses durch Los bestimmt.

Infolge eines Maschinenschadens in der Ebtalzentrale in Pirna verlängerte heute Freitag früh die Zuleitung des elektrischen Stromes mehrere Stunden, bis in Reichenau eine Umschaltung vorgenommen worden war und Lichtenberg Strom lieferte.

Das Verwaltungsamt Pirna hält in hiesigem Bezirk am 5.—7. April wieder Versorgungs-Sprechstage ab. (siehe Bekanntmachung).

Nächsten Montag beginnt im Deutschen Arbeiter-Ergebnis-Bund ein neuer Kursus in der internationalen Weltsprache Esperanto. (siehe Inserat in heutiger Nummer.)

Das wieder eingetretene Winterwetter, das alle landwirtschaftlichen Arbeiten im Freien völlig verbietet, hat den alten Vorstand des Landwirtschaftlichen Vereins veranlaßt, schleunigst zu morgen Sonnabend nachmittag noch zu einer Versammlung einzuladen, in der Herr Dr. Binder hier über „Grund- und Gewerbesteuer“ sprechen wird. Außer diesem zeitgemäßen Themen liegen noch verschiedene Eingänge und hauptsächlich auch Befreiungen über die Wahl zur Landwirtschaftskammer vor.

Tagesordnung zur 5. Sitzung des Bezirksausschusses der Amtshauptmannschaft Dippoldiswalde am Mittwoch den 29. März 1922 vormittags 11 Uhr im gleichen Sitzungssaal. Offizielle Sitzung: Gewerbesteuerordnung für den Bezirksverband (Erhebung von Entschlägen zur staatlichen Gewerbesteuer). — Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts in dem Disziplinarverfahren gegen Gemeindevorstand Kubenke-Kreischa. — Gefuch der Gemeinde Höckendorf um Erlaubnis zur Aufnahme eines Darlehns von 138 000 M. bei dem Landeswohnungsverband Sachsen. — Ortsgefech über die Erhebung einer Ortsabgabe von sogenannten Sommerschulzellen in der Gemeinde Bärenburg. — 1. Nachtrag zur ortsgesetzlichen Bestimmung, die Zusammenfassung des Gemeinderates zu Lungkwitz betr. — Ortsgefech der Gemeinde Lungkwitz über die Gewährung von Umwandlungsschätzungen an die Mitglieder der Gemeindevertretung sowie von Tagesschultern und Reisekosten an diese. — 3. Nachtrag zur Gemeindesteuerordnung für Bärnchen b. L. — Nachträge zu den Gemeindesteuerordnungen für Reinhardtsgrimm, Dorlas, Hartmannsdorf, Höckendorf, Leudnitz, Oelsengrund, Färkenau, Reichenberg, Glasbüttel, Schlossberg, Altenberg, Rosslau, Paulshain und Preischendorf. — Aus-

beziehung reichseisenbahnbetrieblicher Flächen (Bahnhof Hermsdorf-Rehfeld und Beamtenwohnhäuser am Bahnhof Moldau auf sächsischer Seite) aus dem selbständigen Gutsbezirk des Staatsforstreviers Rehfeld und Einbeziehung in den Gemeindebezirk Rehfeld. — Ortsgefech über die Anstellungs-, Besoldungs- und Rechtsverhältnisse der Beamten, Stellenanwärter und bauern- und Angestellten der Städte Lauenstein, Altenberg und Bärenstein, sowie der Gemeinde Großolza. — 4. Nachtrag zur Gemeindesteuerordnung der Gemeinde Dittersbach. — 12. Nachtrag zur Gemeindesteuerordnung für Kreischa, Dornheimstetew betr. — Verordnung des Finanzministeriums vom 18. 3. 22. Ablehnung der Übertragung der Veranlagung der Gewerbesteuer auf die Gemeinde Großolza betr. — Ortsgefech über die Daseinstlichkeit der Gemeinderatsitzungen in der Gemeinde Oberfrankendorf und Einführung einer Geschäftsordnung für diese Sitzungen. — Desgl. in Bärnchen b. L. — 1. Nachtrag zum Ortsgefech der Gemeinde Bärenklause-Kaufisch über Wahlen für die Gemeinderatsvertretung. — 9. Nachtrag zur Gemeindesteuerordnung für Altenberg. — 8. Nachtrag zur Gemeindesteuerordnung für Dorlas. — 2. Nachtrag zur Gemeindesteuerordnung für Dossendorf. — Ortsgefechliche Bestimmungen, die Sicherung eines Mindesteinkommens der Belegschaftsbediensteten, die Errichtung der Kosten der Dienstleistungsmittel und die Entschädigung für unverschuldeten Berufsunterbrechung betr. für den Gebietsteil Kreischa. — Gefuch der Gemeinde Reichstädt um Erlaubnis zur Aufnahme eines Darlehns von 50 000 M. beim Darlehns- und Sparkassenverein Reichstädt. — 14. Nachtrag zur Gemeindesteuerordnung für Kreischa, Inventar- und Mobilien-Wertzuwachsteuer betr. — Gefuch des Gutsbesitzers Hermann Gustav Dietrich-Seifersdorf um Ausnahmeverfügung zur Grundstücksbekämpfung, betr. Bl. 8 des Grundbuchs für Seifersdorf. — Nichtöffentliche Sitzung: Verteilung der Zinsen aus der Fabrikant A.-Ed.-Mende-Stiftung. — Haushaltplan für das Weltall auf das Rechnungsjahr 1922/23. — Desgl. für die Verwaltung des Bezirksvorstandes sowie für den Wohlfahrtspflegebezirk Dippoldiswalde-Land. — Neuvestzung des Gehalts der Gemeindevorstände zu Cunnersdorf, Schlosswitz, Obercarsdorf, Niederfrauendorf und Löwenhain.

Der Viehmarkt am gestrigen Donnerstag war lediglich besichtigt; bei günstigerem Wetter wäre er ohne Frage noch besser besucht gewesen. Aufgetrieben waren 10 Pferde, von denen 6 verkauf bez. verlost wurden, weiter 20 Hörner und 2 Läuse. Erstere kosteten 500—800 M. das Stück, letztere wurden für 1400 und 1500 M. verkauft.

Wie wir vom Bezirksamt für Kriegsfürsorge Dippoldiswalde erfahren haben, werden auch die für Monat April den Schwerriegelschädigten und Kriegshinterbliebenen zustehenden laufenden Leiterungsabschüsse ähnlich wie im Monat März eine Verdopplung erfahren. Die Beiträge gehen den Empfangsberechtigten in den ersten Tagen des Monats April zu.

Schellerhau. In der Kirchenvorstandswahl am letzten Sonntag wurden sämtliche Mitglieder des bisherigen Kirchenvorstandes wiedergewählt, für Schellerhau: Herr Gemeindevorstand Thümmler, Herr Wirtschaftsbetrieb Ernst Moritz Richter, Fräulein Margaretha Röhr; für Bärensels: Herr Wirtschaftsbetrieb Gustav Kempe; für Bärenburg: Herr Gemeindevorstand Gräßle, Herr Wirtschaftsbetrieb Hermann Müller. Neu wurde gewählt für Bärensels die Diakonisse Schwestern Eveline Pabst, berufen vom Kirchenvorstand Herr Kantor Schmidt in Schellerhau, Herr Gemeindevorstand Röthe in Bärensels. Die feierliche Einweihung der gewählten und berufenen findet am Sonntag den 26. März im Hauptgottesdienste in Schellerhau statt.

Altenberg. Mittwoch vormittag verunglückte der hiesige Waldarbeiter Hermann Richter beim Holzfällen im Walde dadurch, daß ihm ein stürzender Baum mit der vereisten Spitze traf und ein Bein zertrümmerte. Der Bedauernswerte wurde am Nachmittage in ein Krankenhaus überführt.

Borden-Zinnwald. Bei einem Einbruch in ein hiesiges Gasthaus wurden der Wirt Göpser, wie auch seine Frau durch mehrere Schüsse verwundet. Die Einbrecher, eine Bande von 6 Mann, ergripen darauf die Flucht und entkamen im Dunkel der Nacht.

Schnitz. Da sich der Kleingeldmangel besonders in Schnitz stark bemerkbar macht, hat das Grenzblatt Kleingeldmünzen aus Porzellan herstellen lassen. Da die Münzen auf Grund des inzwischen ergangenen Verbotes nicht als Roigeld in Umlauf gelegt werden dürfen, so kursieren sie vorerst im Abonnement- und Kundenkreis. Der Nennwert der Münzen ist auf 1 Pfennig festgesetzt. Und hergestellt sind sie aus braunem Böttigerporzellan.

Schnitz. Die hiesige Blumenfachschule ist ausgelöst und das restierende Kapital an die einzelnen Gemeinden verteilt worden. Der Stadt wurden rund 26 000 M. als Stiftung für wohltätige Zwecke überwiesen.

Sohland a. R. Ein Unglücksfall mit tödlichem Ausgang ereignete sich bei der Kreuzung der Straße nach Mittel-Sohland. Die Tochter des Wirtschaftsbetreibers Hermann Weisse aus Mittel-Sohland lief, da sie schlecht hörte, in ein von Löffau kommendes Automobil. Sie wurde ein Stiel mit fortgeschleift und auf der Stelle getötet. Die Verunglückte stand kurz vor ihrer Verheiratung.

Hainichen. In der öffentlichen Stadtverordnetenversammlung

vom 20. ds. Ms. erhob sich unter den Zuhörern auf der Tribüne Lärm, sodaß sich der Stadtverordnetenvorsteher nach erfolglosem Rufegebot genötigt sah, die öffentliche Sitzung zu schließen. Mit den Zuhörern verliehen gleichzeitig sämtliche Mitglieder der linken Seite des Hauses den Saal. Da das Kollegium trotzdem noch beschlußfähig war, wurde in nicht-öffentlicher Sitzung weiter verhandelt.

Grimma. Ernst Ueland in London, ein Sohn Grimmas, hat zum Andenken an seine Mutter der in finanziellen Schwierigkeiten befindlichen hiesigen Kinderbewahranstalt 100 000 M. überwiesen. Auch zur Errichtung eines Denkmals für die gefallenen Helden stiftete er 1000 M.

Glauchau. Der hiesige Stadtrat hat die Staatsregierung um Anerkennung der Gleichberechtigung der hiesigen Bau- und Handelschule und deren staatliche Subvention erucht.

Mittweida. Bei der hiesigen Polizei erschienen zwei zusammenwohnende junge Männer und erklärten, daß über Nacht dem einen 11 000 M. und dem anderen 200 M. aus dem verschlossenen Zimmer gestohlen worden seien. Da die Unzige etwas verdächtig flang, wurde eine Leibvisitation vorgenommen, die das überraschende Ergebnis zeitigte, daß man im Strumpf dessenjenigen, dem 200 M. abhanden gekommen sein sollten, die dem Kollegen gestohlenen 11 000 M. vorfand. Der Dieb gestand die Tat ein.

Brandis. Von Frauen, die mit Umgraben im Walde hinter dem Kohlenberge am Ummelshainer Weg beschäftigt waren, wurden eine größere Anzahl alter Silbermünzen gefunden, auf denen teilweise die Jahreszahlen 1595 und 1625 zu erkennen waren. Man nimmt an, daß vielleicht im Dreißigjährigen Kriege das Geld dort vergraben worden ist.

Auerbach. Der Bezirksausschuk beschloß jetzt wiederum eine Erhöhung des Brotpreises und zwar von 12.20 M. auf 12.65 M. für ein 1900-Gramm-Marlenbrot. Ein Pfund Marlenbrot kostet dann 3,35 M. Nach Anfrage der neuen Frachttarifverhöhung (um 40 v. H.) dürfte mit einer weiteren Erhöhung des Brotpreises zu rechnen sein.

Sächsischer Landtag.

Eingangs der Donnerstag-Sitzung beschäftigte sich der Landtag mit einer demokratischen Anfrage, die lebenslängliche Anstellung der Beamten betr. Ministerialrat Dr. Lempe gab der Meinung der Regierung Ausdruck, daß auch die sächsischen Vorschriften über die Beaufsichtigung der Verwaltung, Beamten durch Kündigung zu entlassen, einiger Änderungen in der Richtung bedürfen, in der sich die Regelung des Reiches bewegt, die vorstellt, daß jeder Beamte, der planmäßig angestellt ist, 32 Jahre alt ist und sich eine genügsame Zeit bewährt hat, unkündbar, also lebenslänglich angestellt ist. Eine weitere Anfrage der Deutschnationalen betrifft Zeitungsmeldungen, wonach Händler auf dem Lande die neue Ernte zu 1000 M. den Jentner und mehr aufkaufen und dabei geistlich verbreiten, daß der Brotpreis im Herbst noch gewaltig steigen werde.

Ein Regierungsvertreter erklärte, daß die sächsische Regierung eine Anfrage der Reichsregierung beantwortet hat, in die Reichsgefeideordnung eine Bestimmung aufzunehmen, wonach die vor dem 16. Juli bestätigten Ausschüsse ungültig sind. Auf der vorliegenden Konferenz der Ernährungsminister habe sich eine dahin gehende Vereinigung ergeben. Dann beschäftigte sich das Haus mit den Staatshaushaltspfänden. Ohne Ausprache wird Kap. 3 des Staatshaushaltspfänden (Porzellanmanufaktur Meissen) einstimmig genehmigt. Weiterhin genehmigte der Landtag einstimmig Kap. 15 (staatliche Elektrizitätssunternehmen). Eine erhebliche Ausprache entwickelte sich bei der Besprechung des Etatkapitels 42 (Arbeitsministerium) und Kap. 72,11 (Kosten der staatlichen Zwangswartung der Böhmerwald-Werke) usw. Die Abstimmung ergab die Bewilligung des Gehaltes des Arbeitsministers mit 48 gegen 44 bürgerlichen Stimmen. Die Anträge des Ausschusses werden einstimmig angenommen. Weiter genehmigte der Landtag Kap. 64 (Gewerbe- und Dampfschiffsaufstieg) und Kap. 68 (Reichsversicherung und Unfallsfürsorge für Gefangene). Ein Antrag der Deutschen Volkspartei, den Ausschuh an das Haushaltsschuldbuch zu übertragen, wurde abgelehnt. Ein Antrag der Sozialdemokraten, die Abstimmung der Ausschüsse ungültig zu erklären, wurde abgelehnt. Ein Antrag der Nationalsozialisten, die Abstimmung der Ausschüsse ungültig zu erklären, wurde abgelehnt.

Ein Antrag der Deutschen Volkspartei, den Ausschuh an das Haushaltsschuldbuch zu übertragen, wurde abgelehnt. Ein Antrag der Nationalsozialisten, die Abstimmung der Ausschüsse ungültig zu erklären, wurde abgelehnt.

Ein Antrag der Deutschen Volkspartei, den Ausschuh an das Haushaltsschuldbuch zu übertragen, wurde abgelehnt. Ein Antrag der Nationalsozialisten, die Abstimmung der Ausschüsse ungültig zu erklären, wurde abgelehnt.

Ein Antrag der Deutschen Volkspartei, den Ausschuh an das Haushaltsschuldbuch zu übertragen, wurde abgelehnt. Ein Antrag der Nationalsozialisten, die Abstimmung der Ausschüsse ungültig zu erklären, wurde abgelehnt.

Ein Antrag der Deutschen Volkspartei, den Ausschuh an das Haushaltsschuldbuch zu übertragen, wurde abgelehnt. Ein Antrag der Nationalsozialisten, die Abstimmung der Ausschüsse ungültig zu erklären, wurde abgelehnt.

Ein Antrag der Deutschen Volkspartei, den Ausschuh an das Haushaltsschuldbuch zu übertragen, wurde abgelehnt. Ein Antrag der Nationalsozialisten, die Abstimmung der Ausschüsse ungültig zu erklären, wurde abgelehnt.

Deutscher Reichstag.

— Berlin, den 23. März.

Die Kohlensteuer.

Die zweite Lesung der Steuervorlagen wird mit der Beratung der Kostenrechnung fortgesetzt. Die Kohlensteuer, die bis zu 20 Prozent betrug, soll nach dem Vorschlag des Regierung, dem sich der Ausschuss anschloß, auf 40 Prozent erhöht werden. Länder und Gemeinden dürfen Steuern auf Erzeugnisse des Kohlebergbaus nicht erheben. Ausgenommen sind die allgemeinen Gewerbe- und Grundsteuern. Das Gesetz soll am 1. Februar 1922 in Kraft treten.

Ein Regierungsvorstel erläutert, daß Härten gemildert werden sollen.

W. Vogel (Dnl.) lehnt die Erhöhung der Kohlensteuer ab. Die Annahme an den Weltmarktpreis sei nur für England von Vorteil, das jetzt 1,8 Millionen Arbeitslose hat und die deutschen Exportmöglichkeiten gewinnen möchte, um seine Arbeitslosigkeit loszuwerden und nach Deutschland zu übertragen. Man könne nicht mit einem einzigen Produkt an die Weltmarktpreise herangehen.

W. Grütz (Komm.) beantragt, die Haushaltshöhe bei Einommen bis zu 50 000 Mark steuerfrei zu lassen.

W. Grütz (Komm.) beantragt völzige Aufhebung der Kohlensteuer.

W. Pößler (Dsg.) tritt dafür ein, daß das Gesetz am 1. April 1922 Gültigkeit erlangt.

W. Linz (Dnl.) hält die Erhöhung der Kohlensteuer für eine außerordentliche Erelzung der Landwirtschaft.

W. Grütz (Komm.) macht darauf aufmerksam, daß die Kohlenpreise erhöht worden seien, einmal, weil die Bergarbeiter es sind, andererseits, weil für Verbesserungen viel Kapital nötig war.

W. Graf Kauff (Dnl.) bittet um Annahme folgenden Entschließungs seiner Fraktion: „Angesichts der ehemaligen Bedrohung des ohnehin schwer leidenden österreichischen Wirtschaftslebens durch die bewußte endgültige Erhöhung der Kohlensteuer wird die Reichsregierung ersuchen, binnen zwei Monaten einen Gelehrtenrat vorzulegen, der geeignete ist, das österreichische Wirtschaftsleben unter der obereinvertraglichkeit der Transportverträge zwischen Ostpreußen und dem Reich auf das wünschliche zu unterstützen.“

In der Abstimmung wird der deutschationale Antrag auf Erhöhung der Kohlensteuer auf 30 Prozent ebenso wie ein unabhängiger und kommunistischer Antrag, die Haushaltshöhe steuerfrei zu lassen, abgelehnt. Es bleibt bei der Ausfassung. Das neue Gesetz tritt am 1. April in Kraft. Die deutschationale Enthaltung wird einstimmig angenommen.

Das Diktat der Auvernunft.

Wieder einmal hat die Politik der Nache und der Verblendung über die fühlbare Erwägung der wirtschaftlichen Notwendigkeiten triumphiert. Der Sieger wahnsinn sieht noch nicht die verhängnisvollen Auswirkungen des Versailler Gewaltfriedens, unter denen die ganze Welt, Sieger und Besiegte, von Tag zu Tag mehr leidet. Gwar hat man uns ein sogenanntes Moratorium, einen Zahlungsaufschub, gewährt. Doch wie geringfügig ist diese angebliche Erleichterung der Zahlungsbedingungen. Statt der im Londoner Ultimatum verlangten zwei Milliarden Gold und der 26 prozentigen Ausfuhrabgabe, die eine weitere Goldmilliarde ausmachte, also statt drei Milliarden sollen wir im laufenden Jahr 720 Millionen in bar und 145 Millionen in Sachlieferungen, also zusammen 217 Millionen Gold bezahlen. Das ist gerade eine Erhöhung von ungefähr 27 Prozent. Das mit einem solchen Moratorium, das sich übrigens nur als ein vorübergehende Milderung der Expresspolitik darstellt, denn der jetzt gefundene Rest der Schuld bleibt bestehen, unserer wirtschaftlichen Lage und unserer bis auf ein geringes Maß herabgedrückten Leistungsfähigkeit keineswegs Rücksicht getragen wird, müßte eigentlich jedem vernünftigen denkenden Menschen einleuchten.

Wenn man in der Gewährung des an sich so bescheidenen Zahlungsaufschubs für 1922 vielleicht ein gewisses Entgegenkommen der Entente erblicken möchte so wird das Moratorium durch die an die Stundung geknüpften Bedingungen und Garantieforderungen ohne weiteres wieder illusorisch gemacht. Mit einer geradezu erschauderten Unvernunft und beispiellosen Verleumdung der für das Wirtschaftsleben unumstößlichen Grundsätze hat die Reparationskommission eine Reihe ungeheurelicher Forderungen aufgestellt, deren Erfüllung wegen ihrer Un durchführbarkeit und aller wirtschaftlichen Gefahren widersprechendem Einflusse von vornherein ausgeschlossen erscheint. Allein das ungjmige Verlangen, neben den 100 Milliarden Steuern, die das deutsche Volk heute schon ausbringen muß, innerhalb weniger Wochen noch 60 Milliarden neuer Steuereinnahmen aus den Taschen der Steuerzahler herauszuholen, ist ein Beweis für die grenzenlose Unvernunft, die die Reparationskommission bei der Kuststellung des Pariser Diktates vor aller Welt gezeigt hat.

Das Urteil der Presse.

Die führende deutsche Presse von der äußersten Linken bis zur äußersten Rechten ist sich diesmal fastiglich einig, daß die Bedingungen des neuesten Entente-Diktates einfach unerfüllbar sind. Nachstehend lassen wir einige Proben der Beurteilung folgen.

Die preußisch offiziell benutzte „Deutsche Allgemeine Zeitung“ nennt die Forderung eine „völlige Entziehung Deutschlands“ und kommt zu dem Schluss: „Die Erfüllung der vorliegenden Bedingungen, oder, da es dazu nicht kommen kann, auch nur der Versuch dazu, müßte die deutsche Wirtschaft in den Abgrund stürzen. Wie können uns keine Regierung vorstellen, die es fertig brächte, zu einer weiteren Verelendung des deutschen Volkes die Hand zu bieten.“

Die deutschationale „Deutsche Tageszeitung“ schreibt: „Mit dem Ausdruck „Wahnjinn“ in dieser Forderung, sachlich wie moralisch, viel zu mild bezeichnet. Aber wie dürfen uns seiner Täufung darüber hingewiesen, daß in diesem Wahnjinn unserer Feinde sehr viel Methode steht, als in den beliebten „unsteten Gewürgen“ unserer Erfüllungspolitiker. Es ist die Quittung auf die immer neuen Betreuungen des deutschen Erfüllungswillens.“

„Die Zeit“, das Berliner Organ der Deutschen Volkspartei, faßt ihre Ansicht in folgendem Satz zusammen: „Das neue Diktat der Reparationskommission bedeutet, um es kurz zu sagen, gegenüber dem Erfüllungswillen der deutschen Regierung eine neue Unmöglichkeit des Erfüllens. Was die Reparationskommission von Deutschland verlangt, könnte auch ein wirtschaftlich blühendes Deutschland kaum leisten.“

Die „Tägliche Rundschau“ hebt namentlich die Macierung auf die innere Politik hervor, indem sie aus-

führt: „Man spricht von einem Rücktritt des Kabinetts Wirth, von dem Ende der Erfüllungspolitik und von der Möglichkeit neuer Regierungskoalitionen. Vorläufig ist die Lage natürlich noch recht chaotisch.“

Das „Berliner Tageblatt“ (demokratisch) schreibt: „Das Chaos tut sich vor uns auf. Wohin man auch sieht, es findet sich kein Ausweg. Die Entente hat uns mit ihrer Note noch tiefer in die Sackgasse gelassen.“

Die ebenfalls demokratische „Volkszeitung“ schreibt: „Das Chaos tut sich vor uns auf. Wohin man auch sieht, es findet sich kein Ausweg. Die Entente hat uns mit ihrer Note noch tiefer in die Sackgasse gelassen.“

Der ebenfalls demokratische „Volkszeitung“ schreibt: „Das Chaos tut sich vor uns auf. Wohin man auch sieht, es findet sich kein Ausweg. Die Entente hat uns mit ihrer Note noch tiefer in die Sackgasse gelassen.“

Das führende Blatt des Zentrums, die „Germania“, kommt zu folgendem Ergebnis: „Wir wollen gewiß mit allen Kräften unserer Wehrhaftigkeit die politische Auseinandersetzung erfüllen, aber was wirtschaftlich unmöglich gefunden wird, das müssen wir ablehnen. Wir müssen es aber nicht nur ablehnen, sondern der Welt auch die Überzeugung beibringen, daß Unmögliches von uns verlangt wird.“

Der mehrheitssozialistische „Vorwärts“ hebt Nachstehendes hervor: „Die Reparationskommission verhindert triumphierend den Bankrott der Erfüllungspolitik und den nach bevorstehenden Sturz des Kabinetts Wirth. Die Prophezeiung ist vorzeitig, kann aber noch Wahrschau werden, wenn die Entente auf der Erfüllung von Unmöglichem besteht und für den Fall der Nichterfüllung mit Gewaltmaßregeln droht.“

Die „Zeitung“, das Berliner Organ der Unabhängigkeitsbewegung, meint etwas resigniert: „Trotz ihrer Minderung sind die Zahlungsverpflichtungen so umfangreich, daß sie die Herstellung des Geldmangels im Budget in so mechanistischer Weise und in so kurzer Zeit, wie es die Reparationskommission will, kaum möglich erscheinen lassen. Hinter der Nichterfüllung aber lautet die Drohung weiterer Eingriffe und Maßnahmen.“

Das Ende mit Schrecken!

Frist bis 31. Mai.

Der offizielle Wortlaut der Entcheidung der Reparationskommission über die von Deutschland im laufenden Jahre zu leistenden Zahlungen in Gold und Sachgütern ist jetzt in Berlin eingetroffen. Die Note besteht aus zwei Schriftstücken, aus einem Brief an die deutsche Regierung, der die Entscheidung über die bedingte und vorläufige Gewährung eines Aufschubs enthält, und aus einem Antwortschreiben an den Reichskanzler über die verlangte Reform der deutschen Finanzen, die bis zum 31. Mai durchgeführt sein soll.

Der Inhalt der beiden Dokumente deckt sich im großen und ganzen mit den vorzugsweise veröffentlichten Mitteilungen. Von besonderer Wichtigkeit sind noch die Bestimmungen über die Sachleistungen, über die es in dem amtlichen Tegte u. a. heißt:

„Die Sachleistungen, welche von Deutschland zwischen dem 1. Mai 1921 und dem 31. Dezember 1922 an eine Macht benötigt werden, welche wegen ihrer Bevölkerungsgröße förderungsberechtigt ist, sollen mit Vorrang und entsprechender gleicher Berücksichtigung zum Ausgleich der Kosten der Besatzungsarmee ein während desselben Zeitraums verhandelt werden. Nur ein etwa verbleibender Restbetrag soll gleichzeitig mit den Zahlungen zum Ausgleich der Reparationsanuität nach Kiellegung von Artikel 4 des Zahlungsplans vom 5. Mai 1921 gutgeschrieben werden.“

Wiederholt wird in der Note darauf aufmerksam gemacht, daß es sich nur um einen vorläufigen Zahlungsaufschub handelt, daß die Alliierten also nach wie vor an der im vorigen Jahr in London festgesetzten Gesamtzahlung festhalten. Die Note bejaht über die Zahlung der gestundeten Summen:

„Der Unterschied zwischen den auf Grund des Zahlungsplans und wegen der Bevölkerungsarmee geschuldeten und den 1921 und 1922 tatsächlich bezahlten Summen soll ausgänglich fünf Prozent jährlicher Raten eine Schulde Deutschlands bleiben, die über die Anuitäten des Zahlungsplans hinaus von ihm abgedient werden soll, sobald die Reparationskommission es dazu in der Lage erachtet wird.“

Das zweite Dokument, das sogenannte Antwortschreiben an den Reichskanzler, enthält die bereits bekannten ungeheurelichen Garantieforderungen, darunter das völlig undurchführbare Verlangen, daß die deutsche Regierung in etwa acht bis zehn Wochen neue Steuern in Höhe von 60 Milliarden Papiermark gezielt festlegen soll, von denen 40 Milliarden bereit am 31. Dezember 1922 erhoben sein sollen. Am 31. Mai d. J. bereits will die Kommission prüfen, was von der deutschen Regierung geschehen ist, um den von der Reparationskommission gemachten Bedingungen Genüge zu leisten; nach dieser Prüfung wird die Kommission den provisorischen Aufschub entweder bestätigen oder für unwirksam erklären. Wird er für unwirksam erklärt werden die gestundeten Summen eingesetzt werden können und müssen in den auf die Ungültigkeitsklärung folgenden 14 Tagen gezahlt werden, wodurchfalls der Reparationsausschuß die Nichterfüllung der Verpflichtung den Alliierten anzeigen und ihnen gleichzeitig seine Vorschläge über die Gegenmaßnahmen mitteilen wird.

Sollte im Falle der Bestätigung des Aufschubs die Reparationskommission zu einem späteren Zeitpunkt eine Verfehlung Deutschlands bei Erfüllung der im einzelnen aufgeführten Bedingungen feststellen, so würde der Aufschub für ungültig erklärt, und der Zahlungsplan, so wie er Deutschland am 5. Mai 1921 mitgeteilt worden ist, vom Tage der Ungültigkeitsklärung des Aufschubs wieder in Kraft gesetzt werden.

Aufleihen oder Abgabe auf die beweglichen Sachwerte.

Preußische Freiheit Deutschlands von einem Teil der Reparationsschuld regt die Reparationskommission die Aufnahme einer inneren oder äußeren Aufleihung an. Sollte die Flüssigmachung eines Teils der Schulden Deutschlands durch solche Aufleihen nicht in einer vernünftigen Frist zu erlangen sein, so soll die deutsche Regierung im Zusammenwirken mit der Reparations-

Kommission die notwendigen Maßnahmen treffen, um eine Zahlung in Kapital durch andere Mittel, insbesondere durch eine Abgabe auf die beweglichen Realwerte Deutschlands zu bewirken.

Politische Rundschau.

— Berlin, den 24. März 1922.

Der neu gewählte Bischof von Trier, Weihbischof Vornewasser, hat die auf ihn gesetzte Wahl zum Bischof von Trier angenommen.

Transporte der amerikanischen Besatzungstruppen verlassen am 7. und 22. April und am 17. Mai die amerikanische Besatzungszone.

Die deutsch-polnischen Verhandlungen eingestellt. Die Vermittlungsbemühungen des Präsidenten Gaumer in den deutsch-polnischen Verhandlungen sowie die direkten Verhandlungen zwischen den deutschen und polnischen Bevollmächtigten haben, seitdem die Einigung in der Frage des Verkehrs über Kreuzburg erzielt worden ist, zu keinem weiteren Ergebnis mehr geführt und sind nunmehr eingestellt worden. Die drei wichtigen Fragen: 1. der Liquidation, 2. der Anwendung des Artikels 256 des Versailler Vertrages auf das deutsche und preußische Staatsgebiet und 3. der Zuständigkeit des internationalen gemischten Ausschusses für den Minderheitsenschutz müssen infolgedessen durch Schiedsspruch des Präsidenten gelöst werden. Der Schiedsspruch wird wahrscheinlich am Sonnabend oder Montag in neuer ordentlicher Sitzung gefüllt werden. Dabei mag daran erinnert werden, daß der Präsident für seinen Schiedsspruch völlig freie Hand hat und sich sowohl für die eine wie für die andere Aussage entscheiden kann, aber auch seine Entscheidung auf Grund einer dritten Lösung fällen darf.

Die Anzeigensteuer abgelehnt. Der Reichstag hat die Umsatzsteuer im wesentlichen nach den Beschlüssen des Ausschusses angenommen. Eine wichtige Abänderung erfuhr lediglich die sogenannte Inventarsteuer für Zeitungen und Zeitschriften, deren Sache der Ausschuss bis auf 4 v. H. gestaffelt hatte. Ein Antrag des Zentrums, der Sozialdemokraten, der Deutschen Volkspartei, der Demokraten und der Bayerischen Volkspartei fordert die Streichung der Sondersteuer für Anzeigen, die danach nur der gewöhnlichen Umsatzsteuer von 2 v. H. unterliegen sollen. Ein deutschnationaler Zusatzantrag will den kleinen Blättern Entlastungen auf 1 bzw. 1½ v. H. gewähren. Bei der Abstimmung wurde der Antrag der Koalitionsparteien angenommen, der Zusatzantrag dagegen wurde abgelehnt. In namentlicher Abstimmung wurde dann mit 130 gegen 119 Stimmen bei 11 Stimmenthaltungen beschlossen, daß die Umsatzsteuer mit rückwirkender Kraft zum 1. Januar ausgefallen werden soll. Hierauf wurde das gesamte Umsatzsteuergesetz in zweiter Lesung angenommen.

Die Notlage der Presse. Der Reichsverband der Deutschen Presse weist erneut auf die von Regierung und Parlament längst anerkannte Notlage der Presse hin, die in nächster Zeit zu einer Katastrophen für alle am Zeitungsgewerbe Beteiligten führen muß. Er fordert Aufhebung jeder Sonderbesteuerung der Presse, eine ihren berechtigten Interessen entsprechende Berücksichtigung bei Festsetzung der Post- und Eisenbahntarife und Maßregeln gegen die ungeheurelle Preiselbstberei auf den Gebieten des Holzstoffes, des Zellstoffes und des Papiers sowie Sperrung der Ausfuhr von Bayier und Hellstoff, so lange nicht das Papier für die deutsche Presse zu einem extragünstigen Preise geliefert wird.

Negierung und Reparationsnote. Das Reichskabinett hat bis jetzt noch keine feste Stellungnahme zu den Forderungen der Reparationskommission eingetragen. Es hand in der Reichskanzlei lediglich eine Chefbesprechung statt, an der außer dem Reichskanzler der Reichsminister des Innern, der Reichsfinanzminister, der Reichsarbeitsminister und der Reichsschatzminister teilnahmen. Staatssekretär Fischer, der Vorsitzende der deutschen Kriegslastenkommission in Paris, berichtete über seine Pariser Eindrücke und über die Note der Reparationskommission. Die Ressorts werden nunmehr an der Hand des französischen Tages die Note eingehend prüfen. Vorläufiglich wird der Reichskanzler Dr. Wirth am Sonnabend entweder im Auswärtigen Ausschuss oder vor dem Plenum des Reichstages über die Note der Reparationskommission sprechen.

Gegen den Landraub an der Weichsel. In sämtlichen Ortschaften der Marienwerder-Niederung fanden Kundgebungen gegen den Spruch der Interallierten Grenzfestlegungskommission und die damit verbundene Bereicherung des Deichverbandes statt. Auch Marienwerder selbst und aller Ort des ehemaligen Abstimmungsgebietes hat sich eine große Erregung bemächtigt. Das Volk fordert den durch Artikel 97 des Friedensvertrages garantierten Zugang zur Weichsel und Beachtung der Artikel 28 und 30, nach denen nur die Mitte der Hauptfahrtlinie der Weichsel als Grenzlinie in Frage kommen kann.

Das Gesetz über die Donauakte. Der Reichskanzler des Neuzern hat dem Reichstag den Entwurf des Gesetzes, betr. den Vertrag zum Abschluß der endgültigen Donauakte zur Beschlagnahmung zu gegeben. Der Vertrag sieht zunächst ein allgemeines Regime auf der Donau vor, nach dem die Schiffahrt auf der Donau zwischen Ulm und dem Schwarzen Meer im Sinne vollkommener Gleichheit frei und allen Flaggen geöffnet ist. Ein Unterschied zum Nachteil der Staatsangehörigen, der Güter und der Flagge irgendeiner der vertragsschließenden Mächte zwischen diesen und den Staatsangehörigen, den Gütern und der Flagge eines Staates selbst oder eines meistbegünstigten Staates darf nicht gemacht werden.

Den Entwurf einer Schlichtungsdurchsetzung hat der Reichsarbeitsminister dem Reichstag zugehen lassen. Der Entwurf, der bereits im Reichswirtschaftsrat zu ein-

gebenden Erörterungen Unschärfe gab, gliedert sich in fünf Teile. Der erste Teil enthält allgemeine Vor- schriften, der zweite Teil regelt die Verfassung der Schlichtungsbehörden sowie die Schlichtungsbehörden. Diese sind die Schlichtungsämter, die Landesschlichtungsämter und das Reichsschlichtungsamt. Der dritte Teil regelt das Verfahren vor den vereinbarten Schlichtungsstellen und vor den Schlichtungsbehörden. Der vierte Teil enthält Straf- und Straf- bestimmungen, und der fünfte Teil Strafverfahrens- und Strafvergangsbestimmungen. Dem Entwurf ist eine ausführliche Begründung beigegeben, die eine Darstellung der Vorgeschichte des Schlichtungswesens enthält. Der Entwurf hat dem Reichsrat bereits vorgelegen, der seiner Einbringung zugestimmt hat. Jedoch ist über die Aufbringung der Mittel für die Schlichtungsbehörden zwischen der Reichsregierung und dem Reichsrat eine Übereinstimmung nicht zustande gekommen.

Wahl im Generalsekretariat der Zentrumspartei. Der bisherige Reichsgeneralsekretär der deutschen Zentrumspartei, Dr. Kähnberger, scheidet zum 1. April aus seinem Amt aus, um einen Direktorposten bei der „Germania“ zu übernehmen. Zum kommissarischen Leiter des Reichsgeneralsekretariats ist bis zur endgültigen Entscheidung Dr. Boeckel, der Geschäftsführer des Reichsverbundes der deutschen Windhörsbünde, bestellt. — Der bisherige Chefredakteur der „Germania“, Dr. Sommerich, tritt ebenfalls von seinem Posten zurück und geht ins Reichsfinanzministerium über.

Der Mord in Petersdorf. Unter Bezugnahme auf die Begehrung der Botschafterkonferenz, bei der Interalliierten Kommission in Oppeln wegen der Ermordung des Polizeiwachtmeisters Rüsenberg einzutreten, wendet sich die deutsche Regierung in einer Note gegen die von der Botschafterkonferenz vertretene Aussicht, daß die Reichsregierung nicht berechtigt sei, sich des Schicksals der Deutschen im Abschlußvertrag anzunehmen. Als Vertragspartei hat Deutschland ein unbestreitbares Recht darauf, seinerseits von der Interalliierten Kommission die Erfüllung ihrer vertraglichen Pflichten zu fordern. Es kann nun noch auf diese Note verzichten, als eine größere Anzahl anderer Fälle vorliegt, in denen Deutsche in Oberschlesien an Gesundheit und Eigentum geplagt worden sind, ohne daß sie Schutz und Unterstützung bei der Interalliierten Kommission gefunden hätten. Da einer der Notes beigefügten Anlage weiter zu jahre angeführt, in denen die Interalliierte Kommission Aussetzungen polnischer Insurgenter und französischer Soldaten ungestraft gelassen hat.

Die kommunistischen Ghettomägen. Im Hauptausschuss des preußischen Landtages teilte Staatskommissar Weißmann mit, daß man bei der Aushebung der Funktion u. a. ein genaues Verzeichnis der von der Kommunistischen Partei als unbedingt sicher anerkannten Postbeamten gefunden habe, ferner einen Befehl, wonach man nach Möglichkeit in Häusern mit Telegraphenleitungen einen sicheren Kommunisten einquartieren solle, der im Notfall die Aufgabe habe die Telegraphenleitungen zu zerstören.

Die jetzt noch im Großherzogtum Luxemburg befindliche französische Besatzung, bestehend aus einem Jägerbataillon, soll in wenigen Monaten zurückgesogen werden.

Der Vertreter des englischen Schatzamtes in Wien, Young, hat den englischen Kredit für die österreichische Regierung zur Verfügung gestellt.

Der englische Kronprinz ist auf seiner Weltreise in Colombo auf Ceylon eingetroffen und wird nach kurzem Aufenthalt seine Reise nach Japan fortsetzen.

Die Sowjetregierung hat dem Oberkommissar des Internationalen Komites für die Auslandshilfe Pankow telegraphisch den Titel eines Ehrenmitgliedes des Moskauer Sovjets angeboten. Dr. Manjajew hat jedoch abgelehnt.

Frankreich: Waffenstillstand im Orient?

Die in Paris versammelten Außenminister Frankreichs, Italiens und Englands haben beschlossen, sowohl der Griechen als auch der griechischen Regierung eine telegraphische Aufforderung zufügen zu lassen, sofort einen Waffenstillstand abzuschließen, um weitere Blutvergießen zu verhindern. Die Feindseligkeiten sollen während einer Dauer von zunächst drei Monaten unterbrochen werden. Davon glaubt zu wissen, daß im Hause der Anna des Waffenstillstandsplanes durch die Griechen und die Türken ein Waffenstillstandsausschuß aus Vertretern des griechischen und des türkischen Kommandos sowie aus alliierten Offizieren die Bedingungen der Rückührung Klein-Asiens durch die Griechen, die ungefähr drei Monate in Anspruch nehmen werde, festgelegt würden. Die sogenannte Räumungskommission werde über die Durchführung wachen, dann sollen die Friedens-Vorverhandlungen in Konstantinopel beginnen. Die Souveränität der Türkei über Smyrna werde wieder hergestellt werden, aber der Gouverneur solle von den Alliierten oder vom Bölkurbund bestätigt werden müssen.

Italien: Die Tagessordnung für Genua.

Die Tagesordnung für Genua wird folgende Punkte umfassen: 1. Prüfung der geeigneten Verträge zur Ausführung der Beschlüsse von Cannes. 2. Wiederherstellung des europäischen Friedens auf seiner Grundlage. 3. Festlegung der Grundbedingungen für die Wiederherstellung des Vertrauens unter den verfeindeten Staaten ohne Verletzung der bestehenden Verträge. 4. Finanzfragen und 5. Wirtschafts- und Handelsfragen. — Die Delegierten Deutschlands, Englands, Frankreichs und Portugals werden in der Stadt Genua selbst untergebracht werden. Die übrigen Delegierten sollen in der Umgegend von Genua wohnen.

England: Der Krieg der Zukunft.

Bei der Begründung des Luftfahrtshaushalts machte der Luftfahrtminister interessante Bemerkungen über die Rolle, welche die Flugzeuge in künftigen Kriegen spielen werden. Bei dem letzten Angriff auf London hätten die Deutschen 36 Flugzeuge verwendet. Damals seien 32 000 Mann für die Verteidigung der Hauptstadt nötig gewesen, in Zukunft würden bei dergleichen Angriffen vielleicht von 300 Flugzeugen Bomben von zehnmal größerem Gewicht und mit wenigstens vier- bis fünfmal größerer Sprengkraft abgeworfen werden. London und ganz England müßten sich darauf vorbereiten, einer solchen Gefahr die Stirn zu bieten. Der Minister wies schließlich darauf hin, daß die Franzosen (!) weit stärkere Luftstreitkräfte als England besäßen.

Amerika: Eine Note an Poincaré.

Die Washingtoner Regierung hat durch ihren Botschafter dem französischen Ministerpräsidenten Poincaré eine Note über die Rückerstattung der Besatzungskosten des amerikanischen Heeres am linken Rheinufer überreicht lassen.

Die amerikanische Regierung legt darin dar, daß sie alle alliierten Vorschläge entgegen nehmen werde, die geplant seien, eine vernünftige Regelung der Zahlungen, die den Vereinigten Staaten für die Kosten ihrer Besatzungskräfte geschuldet würden, herbeizuführen. Die Note erinnert nicht die täglich zwischen den Alliierten vereinbarte Verteilung der schon von Deutschland gezahlten Verträge; sie beschränkt sich lediglich darauf, das Recht der Vereinigten Staaten auf Rückerstattung festzulegen, ohne eine Frist zu stellen.

Amerika: Überraschungszeremonie auf offener See.

Im amerikanischen Repräsentantenhaus wurde ein Antrag eingebracht, daß zehn von den Schlachtschiffen, die auf Grund der Beschlüsse der Konferenz von Washington zerstört werden sollen, auf offener See versenkt werden sollen, um aus dieser Zeremonie den Gegenstand einer Deklaration für den internationalen Frieden zu machen.

Vereinigte Staaten: Allgemeiner Bergarbeiterstreik ab 1. April.

In den Vereinigten Staaten beschloß die Gewerkschaft der Bergleute der Anthrazit- und Braunkohlengruben, die ungefähr 800 000 Arbeiter umfaßt, ab 1. April in den Streik zu treten. Die ausgegebene Streikspalte fordert vollständige Einstellung der Kohlenausbeutung. Die Regierung hat bereits Maßnahmen zur Sicherung des Verkehrs im Halle des Streites vorgenommen.

Rückfragen in Paris.

Berlin, 23. März. Wie das „Berl. Tageblatt“ hört, hat die Reichsregierung beschlossen, zunächst einige „Rückfragen“ nach Paris zu richten, um nähere Aufklärungen über einzelne Punkte der Reparationsnot zu bekommen.

Man kann aus dem Wortlaut der Note nicht bestimmt erkennen, ob die Reparationskommission die noch nicht beschlossene Zwangsangelei schon als einen Teil der neu geforderten Steuern betrachtet so daß der Ertrag der Zwangsangelei in das verlangte neue Steuerauskommen von 60 Milliarden Mark einzurechnen wäre.

Das Arbeitszeitgesetz für die Eisenbahn.

Berlin, 23. März. Die Beratungen der gewerkschaftlichen Spartenorganisationen über den Entwurf eines Arbeitszeitgesetzes für die Eisenbahn sind nun mehr beendet und haben ihren Niederschlag in einer Reihe von Einzelschlüssen gefunden. Diese Vorschläge werden nunmehr dem Reichsverkehrsministerium unterbreitet, das zu entscheiden haben wird, ob es in den Beschlüssen der Spartenorganisationen eine geeignete Grundlage zu weiteren Verhandlungen erblieb.

Die Auszahlung der neuen Beamtengehälter.

Berlin, 23. März. Entsprechend den Abmachungen mit den gewerkschaftlichen Spartenorganisationen werden den Beamten und Angestellten die neuen Steuerungs- und Dienstklassenzuschläge ohne Verzögerung am 1. April ausgezahlt werden. Diejenigen Beamten, die einen besonderen Antrag stellen, sollen noch in diesem Monat einen Vorschub auf die neuen Gehälter erhalten.

Die Not des Zeitungsgewerbes.

Berlin, 23. März. Bei einer gemeinsamen Versprechung der Vertreter aller Parteien, der Verlegerorganisationen und des Reichswirtschaftsministeriums wurde auf die zum 1. April bevorstehende ungewöhnliche Preissteigerung des Druckpapiers hingewiesen. Die Verlegerverbände machen auf die drohende Überstremung der deutschen Presse mit ausländischem Kapital, die zu erwartenden Betriebsinstabilitäten und die damit verbundene starke Arbeitslosigkeit im Buchdruckgewerbe aufmerksam und forderten die Regierung und die Parteivertreter auf sofortige Abhilfemaßnahmen im Reichstag zur Annahme zu bringen.

„Presffreiheit“ in Oberschlesien.

Oppeln, 23. März. Das Erscheinen der „Oppelner Nachrichten“ ist wegen eines Artikels des Reichstagsabgeordneten Hirschel zum Jahrestage der Abstimmung von der interalliierten Kommission für 14 Tage verboten worden.

Der Stand der Mark. Es folgten nach den amtlichen Notierungen der Berliner Börse am

	23. 3.	22. 3.	1914
100 Holländische Gulden	12487	11598	167,— M
100 belgische Franken	2782	2592	80,— "
100 dänische Kronen	7012	6533	112,— "
100 schwedische Kronen	8649	8041	112,— "
100 italienische Lire	1395	—	50,— "
1 englischer Pfund	1446	1341	20,— "
1 Dollar	226	204	4,20 "
100 französische Franken	3060	2747	80,— "
100 Schweizerische Franken	6150	5914	80,— "
100 tschechische Kronen	569	524	—,— "

Gelehrtafel für den 24. März.

1830 * Der Dichter Robert Hammerling zu Kirchberg a. Neide in Niederösterreich († 1889) — 1835 * Der Philologe Josef Stejan in St. Peter bei Klagenfurt († 1893) — 1844 * Der dänische Bildhauer Albert (Bernd) Thorvaldsen in Kopenhagen (* 1770) — 1891 * Der Violinist Richard Schomburg in Adelabé (* 1811).

Gelehrtafel für den 25. März.

1801 * Der Dichter Friedrich Petzold in Hardenberg (Möbais) in Westfalen (* 1772) — 1831 * Der Dichter Peter Seidenfuß in St. Peter bei Münster — 1835 * Der Volkswirtschaftler Adolf Wagner in Erlangen (* 1817) — 1854 * Der Schauspieler Max Gräfe in Düsseldorf — 1907 * Der Schriftsteller Ernst von Bergmann in Wiesbaden (* 1833).

Der Herrenreiter.

Roman von Robert Misch.

(5. Fortsetzung.)

Und während er langsam durch die stillen Straßen des westlichen Vorortes schritt, hielt er Gericht über sich und verurteilte sich selbst. Nur nichts Halbes — nur kein verpfusches ärmlisches Taschen — etwa als Versicherungs- oder Wagnagent oder irgendwie in einem Bureau!

Er lachte so hell auf bei diesem Gedanken, daß der Straßenkehrer, der an der Ecke seines Amtes waltete, ihm verwundert und lachend nachblickte.

Andere konnten so leben — er, nicht! Mit dem

bunten Rock, mit dem fröhlichen Kletterseilen war für ihn alles, alles aus.

Ganz leise schloß er die Korridertür auf. Sein kleiner Zimmer, das er Jahr lang bewohnt, und das stets von neuem sein Helm war, sobald er wieder auf ein paar Tage nach Berlin kam, ging nach vorne hinaus, nach der Straße. Auf der anderen Seite des Korrider lagen die Zimmer der Schwester, die nebeneinander. Der General schlief hinten, nach dem Hofe, wo die Geräusche der Straße nicht den leichten Schlummer des alten Herrn stören konnten.

Leise, auf den Gehöften ging Dietrich in die Stube, legte Mantel und Säbel ab, ließ sich schwerfällig in den Sessel vor dem kleinen Schreibtisch fallen.

Wie friedlich das alles da lag im sahnen Morgenlicht, das trübe durch den geschlossenen Vorhang schimmerte! Die paar Schulbücher, die hier noch pfeifig voll auf den Wandbrettern standen, die kleine Tisch mit dem alten gläsernen Tintenzeug, das alte grüne Mopsphä: sie hatten die kleinen Velden und Freuden seiner Schuljahre miterlebt, waren mit seinen schönen Erinnerungen verwoben.

Wie oft war er hierher zurückgekehrt, mit dem Heimgefühl eines sicherer Hauses! Hier war er der stets Willkommene, der Sohn und Liebling des Hauses. Alles ging hier keinen alten stillen Gang fort. Die alte Schön, der alte Diener, sie stammten noch aus den Zeiten der seligen Mutter. Möbel und Hausrat, der Auschnitt des ganzen Hauses: nichts wechselte hier seit vielen Jahren.

Nur einmal hatte der Tod einen großen Einschnitt in dies friedliche Taschein gemacht: als die Mutter starb. Der alte General fand sich auch damit ab, wenigstens ließ er niemand einen Einblick in sein Herz tun.

Die Söhne waren in ihre Garnisonen gegangen.

Alfred, der Jüngere, stand in Straßburg bei einem Jägerregiment. Die Mädchen führten den Haushalt und füllten ihre freie Zeit mit jugendlicher Wohltätigkeit, häuslicher Geselligkeit und kleinen Arbeiten aus. Charlotte malte und zeichnete fürs „Kunstgewerbe“ — Postkarten, Teller und allerlei niedliche Porzellansachen. Lilli sticke kunstvoll. Der alte duldet es schweigend, daß sie sich ein Theater- und Taschenbuch machen, da es heimlich geschah.

Das kleine Vermögen und die Pension reichten für den Knappen Auschnitt des Hauses, für kleine, beschädigte Habseligkeiten der Jugend und die Rutschslüsse der Jungen, zumal ja der Kavallerist seit seiner Heirat keine Einkünfte hatte.

Das alles hatte er gewußt — und dennoch . . .

Er nahm einen Briefbogen und schrieb einige Abschiedszeilen an den Vater. Er verurteilte sich selbst in den schärfsten Ausdrücken. Stein, er wollte sich nicht weiß waschen. Der Vater sollte den vorbringen, unehrenhaften Sohn vergessen. Er wisse, daß es für ihn keine Entschuldigung und auch keine gedeihliche Zukunft mehr gäbe — nur den Weg, sich selbst auszulöschen aus diesem Taschein.

Er mußte sich beileben, ehe das Haus, ehe die Söhne erwachten; denn wer weiß, ob er dann noch den Mut fand!

Einen Augenblick hatte er davon gedacht, die Tat auf jenseit des Hauses . . . Aber dann kam es womöglich in die Zeitung — man würde ihn in das Schauhaus bringen. Nun schauderte.

So konnte man einen Unglücksfall vorschützen — wenigenfalls der Oeffentlichkeit gegenüber. Etwas, das er beim Entladen seiner Pistole verunglückt sei, oder dergleichen. Die Herren von gestern abend würden schon im eigenen Interesse keinen Mund halten. Und er fügte dem Schreiben noch eine Nachricht bei mit der Bitte, es so darzustellen.

Oder sollte er nach Schwedt zurückreisen und dort? Würde er dann noch den Mut finden? Könnte er hier harmlos dem Vater, den Seinen, die sich auf den frohen, freien Sonntag mit ihm freuten, entgegentreten? Sein Leibtag hatte er nicht behalten können. Niemals würde er imstande sein, eine solche Kombination durchzuführen. Sein Blick, sein Aussehen, seine Worte würden ihn verraten.

Mit einem schnellen Entschluß schloß er die kleine Schublade auf, die einige Andenken, alte Briefe und Dokumente enthielt — Reliquien einer entwundenen, ach, so schönen Lebenswoche. Er mußte beinahe schluchzen — bloß, daß es ihm dabei auffiel, auf der Kunge lag, wenn er an jene Gymnasiasten- und Tanz-Zudenzenzeit dachte.

Mit den Schwester zusammen hatte er die schöne Kunst in einem privaten Kabinett erlernt. Lilli war damals erst vierzehn Jahre alt; und er schwärzte für die weit ältere Schwester eines Freundes, die den kleinen Primaner zum besten hielt.

Mit dem alten Armeerebeller hatte er seine ersten Schießübungen gemacht. Herrliche Zeiten voll Lebhaftes, toller Jugendlust und Freunde an der neuen Freiheit, an den sauer erworbenen Späulettos.

Es standen noch alte Patronen drin. Man brauchte sie nur zu entichern — und . . .

Das Herz stolzte ihm plötzlich. Hinter sich hörte er leise, ganz leise die Türe öffnen, sah er, ohne sich umzublicken, Lillis Gestalt im Spiegel, mit offenem Haar, den leichten Morgenrock, los umgeworfen. Tessel, er hatte die Türe zu schließen vergessen!

Schon stand sie neben ihm, entwand dem Halbgelühten die Waffe mit einem schnellen Griff . . .

„Dietrich?“

„Was — willst du hier? — Ich habe . . . habe da was gesucht. Das Ding ist mir zufällig in die Hände geraten. Gib's wieder her und geh ins Bett.“

„Dietrich — läßt' mich nicht an!“

Schon hatte ihr klarer, flinker Mädchenblick den Brief ergriffen. Sie nahm ihn an sich, überflog ihn schnell.

Dies und das.

Das waren wirklich schöne Märztag. An der allerdings ungünstig gelegenen Südostfront des Hauses blühen die Violethen. Die Stachelseersträucher schwimmen bereits grün. 21. März, Frühlings Anfang. Es schneit. Nun 3-4 Grad kälte, auch am Tage. Auf der Straße krabbelt ein kleiner Junge auf Schlittschuhen umher. Bald holen die Kinder vereinzelt ihre Rutschschlitten. Gestiges Schneetreiben setzt ein. Hohes Webe entstehen über und da. Mit lustigem Schellengetüll fährt ein Pferde Schlitten durch die Straßen. Erinnert man sich daran, daß am Sonntag bereits im Heiligabendfeuer gebetet wurde, so darf man wohl von einem abweichenden Programm reden, an dem man sogar irre werden kann. Kein Wunder, daß schließlich auch die Hunde mit der Tollwut nicht bis zu den Hundstagen warten. Erstaunlich besonders dann, wenn man die Möglichkeit erwacht, daß den Pierfschläfern die in der Handfeuer allerwärts zum Ausdruck kommende Hochschaltung zu Kopfe steigen kann. Es ist eben zum Tollwerden. Auch für die geplagten Menschenkinder — und zwar ob der neuen Teuerungswelle. Der zahlende Teil kann auch bei viel gutem Willen nicht begreifen, daß z. B. die Kartoffeln das Mehl von heute um so immens teurer seien müssen, als sie es vor 3-4 Monaten waren. Ist denn das Einlagern usw. gar so kostspielig? Er bleibt schließlich bei der Überzeugung stehen, daß Ausnutzung der Konjunktur ihr erstaunlich Teil beigetragen, und fragt sich, wie so mancher das wohl mit seinem Gewissen vereinbaren mag? Gewissen — och!! Da fällt einem unwillkürlich Peter Rosegger. Aber stellzig beten tut er! ein. Beten — Kirche. Da kommen andere Gedanken. Ja, herzerquickende Worte sind es wohl gewesen, die des Herrn Pastor Fischer am Montag in Schmiedeberg. Der Zeitungsbericht sagt es. Den "Gottluchern" — und deren gibt es von sich aus heute gar nicht wenige, auch dort, wo man sie nicht sucht — werden sie Trost und Fingerzeig sein und weit bedeutungsvoller erscheinen, als zum Beispiel eine neue Lauterordnung. Damit soll nicht gelogen sein, daß leichter schließlich ohne jede Bedeutung sei. Gemacht aber steht eine Begeisterung aus, die sowohl geht, daß sie annimmt, die Nachwelt werde denen, die die neue Lauterordnung ausbadeten, einmal Ehrenkränze widmen. Das erwarten diese zweifellos selbst nicht. — Auf was für Gedanken man doch kommen kann durch das abnorme Wetter!

Die englische Presse ist sprachlos über die französische Unvernunft.

London, 23. März. Der "Daily Chronicle" veröffentlicht einen längeren inspirierten Artikel, der ausführt, wie hochernst die Konferenz von Genua von Lloyd George genommen werde, ohne aber zu erklären, wie damit das neue Reparationsultimatum vereinbar sein soll. Auch sonst ist die Presse ziemlich sprachlos, da sie offenbar nicht weiß, was sie zu diesem neuen Sieg der französischen Unvernunft sagen soll.

Nach dem Reuterbüro meinen gut informierte Ententekreise in Berlin, daß ein Bestehen auf der Entscheidung der Reparationskommission das Kabinett Wirth unmöglich machen wird. Man glaubt aber, daß die Entscheidung nicht endgültig sei.

Französischer Erfolg für die Amerikaner.

Strasburg, 23. März. Nach Meldungen hierziger Blätter hat unter dem Vorbehalt des Marshalls Foch eine Beratung französischer Generäle stattgefunden, die sich mit der Neugruppierung der französischen Besatzungstruppen am Rhein beschäftigte. Marshall Foch betonte die Notwendigkeit der Besetzung des Moselgebietes durch französische Truppen, sobald Amerika seine Streitkräfte völlig zurückgezogen haben würde.

Siehe sofort oder 1. April einen
Auecht und ein Mädchen
in die Landwirtschaft, wo Schweizer im Stall sit.
Erzgericht Hennersdorf.

Gefügte Kelimstickerinnen

mit Borghardt für Heimarbeit sofort gesucht. Angebote m. Probearbeit an Firma C. Hesse, Dresden, Blasewitzer Str. 64.

Siehe sofort oder 1. April fleißiges, tüchtiges
Hausmädchen.

Frau Dora Jehne, Schuhstraße.



Jahreshauptversammlung

Freitag Sonnabend den 25. März
abends 8 Uhr in der Reichskrone Post.

Da damals die Sektionsführer nun zu wählen sind, müssen wir alle Kommandanten dringend bitten, zur Stelle zu sein.

1. Das Kommando.
H. Reichel, Kommandant.

Brancverein
Bärenfels und Umg.
Sonntag abend 8 Uhr
Säderer Müller.

Der Tanzunterricht im
Gärtchenhaus beginnt
Mittwoch den 29. März

Gutscher,
mit landwirtschaftlichen Arbeiten
vertraut, um 1. April gesucht.
Brancverein Dippoldiswalde

Herrliche Blumen!
suchen Sie Ihre
Blumen nur mit Dr. Buhles
frischen Nahrung. Ihr harter
Kauf! Wo Blattläuse, Blattflocken
haben. Auch radikal gegen erbliche
Epilepsie und Ja habe bei
Herrn Kommerzials, Dr. J. & E. L. L.,
Dippoldiswalde. Dr. Hermann,
Dresden Kreuz Schmiedeberg.

Bijouterien :: C. Jehne

Schmiedehilfen

zu Hause, Hödenhof.

o Meter unseres

Stockholz

zu verkaufen. Wo, zu erkennen
in der Geschäftsstelle.

Sportwagen,
sowie 1 Paar neue
Damenhalbstuhe,
Größe 36 zu verkaufen.
Amthof III

Lüftige Drcher

stellen ein

Moritz Hille,

6. m. b. 8.

Motoren- und Maschinensabzett,

Dippoldiswalde 1 Ga.

Stroh

fürst

Karl Oppelt, Dippoldiswalde,

Telephon 162.

Häcksel (en gros, bezaub)

Sämtliche

Farben, Lacke etc.

Hermann Lommatzsch

Drogerie zum Elefanten

Dippoldiswalde

C. Jehne Leipzig

Die hungrenden Kontrollkommissions-Mitglieder.

Berlin. Lord Newton hatte unlängst im englischen Oberhaus eine scharfe Rede gegen das Unwesen der Kontrollkommissionen in Deutschland und Mitteleuropa gehalten und dabei erklärt, daß Leben dieser Kommissionen sei eines der widerlichsten Bilder, die man sich überhaupt vorstellen könnte. Bei der Internationalen Kommission in Berlin hat man diese Angriffe außerst unangenehm empfunden und daher den Berliner Korrespondenten der "Times" veranlaßt, in diesem Platze Stellung zu den Angriffen zu nehmen. In der "Times" heißt es nun: Infolge der angeborenen Entwertung der Mark im vergangenen November wurde die Lage in Deutschland beständlichen Jubalatern Offiziere und der Unteroffiziere und Mannschaften so ernst, daß Admiral Charlton, der dienstälteste britische Offizier, eine Art Ultimatum an den Vorsitzerrat sandte, in dem er darauf hinwies, die Lage sei so unerträglich (!) geworden, daß, wenn nicht eine Erhöhung ihrer Gehälter eintrete, die betreffenden Kategorien nicht länger auskommen könnten. (II) Sonst rückt über diese Widerlegung, momentlich da, wo sie Ladengeschäfte vorbringt, die von Lord Newton gegebenenfalls nur umso unarmherziger ins Licht. So bezog ein englischer Leutnant im November ein Heimgehalt von 40 000 M., nach dem Novemberbesatz des Pfund Sterling berechnet. Dazu kam für Deutschland eine Zulage von monatlich 12 775 M., so daß er insgesamt etwa 50 000 M. durchbringen konnte, wozu noch freies Quartier, Vergnügungen für Verpflegung treten usw. Ein englischer Unteroffizier mußte bei monatlich 25 000 M. dorben, ein Gemeiner bei 12 000 M. auf das Nahen des Hungertodes warten. Welches appige Leben sich die Ententeangehörigen mit diesem Einkommen in Deutschland verschaffen konnten, zeigt die Tatsache, daß zu gleicher Zeit ein deutscher Generalmajor mit einem Monatsgehalt von 10 100 M. bestehen mußte, ein deutscher Oberst 8800 M., ein deutscher Leutnant 2200 M. und der deutsche Gemeine monatlich nur 1250 M. erhielten. Den Verhältnissen eines englischen Unteroffiziers konnte sich ungesöhnt nur der deutsche Reichswehrminister anpassen, der monatlich 22 500 M. bezog.

Hennersdorf. 9 Uhr Predigtgottesdienst. 11-12 Uhr Kindervorstandswahlen in der Kirche.

Vapfengemeinde Schmiedeberg. (Villa Ida.) Jeden Sonntag 9/4, Uhr Gottesdienst. 10/4, Uhr Sonntagschule. 4/4, Uhr Gottesdienst. — Jeden Donnerstag 7/4, Uhr Bibelstunde.

Weiter - Aussichten.

26. März: Veränderlich, windig, milde.
27. März: Vielstach heiter, milde.
28. März: kaum verändert.
29. März: Teils Sonne, teils Niederschlag, milde.
30. März: Teils Veränderlich, normal temperiert.
1. April: Veränderlich, ruhig.

Schlachtviehpresse auf dem Viehhof Dresden

am 23. März 1922.

Aufzehr	Wertklassen	Preise für 50 kg in Kr.
1. Rinder:	A. Ochsen.	
4	1. Vollfleischige, ausgemästete, höflichen Schlachtwertes bis zu 6 Jahren	1800-1900 3200-3400
	2. Junge, fleischige, nicht ausgemästete, ältere ausgemästete	1500-1700 3050-3200
	3. Mögl. gendährte junge, gut genährte ältere	1400-1500 2950-3050
	4. Gering gendährte ältere jeb. Alters	1000-1200 2500-2900
B. Bullen:		
5	1. Vollfleischige, ausgewachsene höchsten Schlachtwertes	1800-1900 3100-3250
	2. Vollfleischige jüngere	1600-1700 2900-3075
	3. Mögl. gendährte jüngere und gut genährte ältere	1300-1400 2500-2700
	4. Gering gendährte Rinder	1000-1200 2200-2500
C. Kübeln und Rübe.		
2	1. Vollfleischige, ausgemästete Kübeln höchsten Schlachtwertes	1800-1900 3200-3400
	2. Vollfleischige, ausgemästete Rübe höchsten Schlachtwertes bis zu 7 Jahren	1600-1700 3050-3200
	3. Kübeln, ausgemästete Rübe und gut entwickelte jüngere Rübe und Kübeln	1400-1500 2950-3050
	4. Gut genährte Rübe und mögl. genährte Kübeln	1100-1200 2750-2950
	5. Mögl. und gering genährte Rübe und gering genährte Kübeln	800-900 2350-2750
II. Rinder:		
417	1. Doppelniederer	—
	2. Beste Mait- und Saugkübeln	1850-1950 3000 3125
	3. Mittlere Mait- und Saugkübeln	1650-1750 2775-2900
	4. Geringe Kübeln	1300-1500 2375-2700
III. Schafe.		
5	1. Mästekämme und jüngere Mästekämme	1400-1600 2800-3200
	2. Mittlere Mästekämme	1200-1350 2650-2800
	3. Mögl. gendährte Mästekämme und Schafe (Mergelhase)	700-1000 1850-2600
IV. Schweine.		
351	1. Vollfleischige der feineren Rassen und deren Kreuzungen im Alter bis zu 1½ Jahren	2300-2400 2900-3075
	2. Gellfleischige	2450-2550 3055 3175
	3. Fleischige	2100-2200 2800-2950
	4. Gering entwickelte	1900-2000 2675-2800
	5. Sauen und Eber	2000-2300 2600-3050

784 Heberland: 2 Kübeln, 36 Schweine.
Geißelgang: bei Külbbern langsam.
Ausnahmepreise über Rottz.

Unfähig unserer Vermählung allen denen, die uns durch Gütwünche und Gelehrte so freundlich bedacht haben, herzlichsten Dank.

Alsdorf, den 19. März 1922.

Arno Boyer nebst Frau Ida geb. Kahl.

Gasthaus „zu den grünen Linden“ Reichstädt.

Sonntag den 26. März nachmittags 3 Uhr

Preis-Skat-Turnier

Zahlenspielen

woraus ergebnist einladet Richard Seelos

Hentlers Restaurant Höndorf.

Nächster Sonntag, 26. März;

Abendessen.

Hierzu laden freundlich ein Bruno Hentler und Frau

Gasthof Niederfrauendorf.

Sonnabend den 25. März

Bratwurstschmaus mit Bassmuß.

Es haben ergebnist ein August Petrik und Frau

Gasthaus Wahlsmühle.

Sonnabend den 25. März ab

Schlachtfest

ab 11 Uhr Weißfleisch, abends Bratwurst.

Hierzu haben ergebnist ein E. Röckert und Frau

Chren-Diplome drud. Carl Jehne, Dippoldiswalde

Zurückschafft vom Graben unseres lieben Vaters, Schwieger- und Großvaters, Bruders und Schwagers

Friedrich August Mühl

fühlen wie uns veranlaßt, allen, welche ihre Teilnahme durch Wort und Schrift, kostbaren Blumenstrauß und Begleiter zur letzten Ruhestätte bezeugten, unsern herzlichsten Dank auszusprechen.

Hirschbach u. a. Orte, am Begräbnistage.

Die tiefrassenden hinterbliebenen.